

Russland-Ukraine-NATO: Zivile Konfliktbearbeitung statt Säbelrasseln

Christine Schweitzer

Der Warschauer NATO-Gipfel hat Anfang Juli beschlossen, jeweils rund 1.000 NATO-SoldatInnen in Polen, Lettland, Litauen und Estland zu stationieren; Deutschland übernimmt die Führung der Einheit in Litauen. Damit ist ein weiterer Baustein der Verständigung zwischen der NATO und der Sowjetunion bzw. Russland, wie sie 1990 und in den Folgejahren getroffen wurde, niedergerissen worden: Nach der Osterweiterung der NATO werden jetzt auch Kampftruppen in Ländern des ehemaligen Warschauer Paktes verlegt.

Der NATO-Beschluss wird der Öffentlichkeit als ein „Doppelbeschluss“ dargestellt und erinnert damit fatal an den NATO-Doppelbeschluss von 1979, der in Westeuropa und den USA die größte Friedensbewegung nach dem 2. Weltkrieg ausgelöst hatte. Auch jetzt heißt es wieder: Einerseits abschrecken, andererseits reden. In dem in diesem Juli herausgekommenen neuen „Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“ ist von einem „Doppelansatz aus glaubwürdiger Abschreckung und Verteidigungsbereitschaft sowie aus der Bereitschaft zum Dialog und Ansätzen kooperativer Sicherheit“ zu lesen (S. 69). Damals ging es um die Aufstellung russischer und westlicher atomarer Mittelstreckenraketen, heute geht es um die Krim und die Ostukraine. Aber beide Male steht dahinter letztlich die Drohung mit einem Atomkrieg: „Solange nukleare Waffen ein Mittel militärischer Auseinandersetzungen sein können, besteht die Notwendigkeit zu nuklearer Abschreckung fort“, heißt es lapidar im Weißbuch (S. 65).

Als Gründe führt die NATO die Annexion der Krim und die sog. „hybride Kriegsführung“, d.h. die verdeckte Kriegsbeteiligung Russlands am Bürgerkrieg in der Ostukraine, an. Nur in Klammern: Die gleiche verdeckte Ein-

flussnahme durch die USA in Lateinamerika wurde früher als „Low Intensity Conflict“ bezeichnet – hybride Kriegsführung ist weder neu noch die alleinige Erfindung Russlands! Russland antwortet auf die Vorwürfe, dass ja die NATO als erste Völkerrecht gebrochen habe, als man den Kosovo gegen den Willen Serbiens in die Unabhängigkeit entließ und die NATO nach Osteuropa erweiterte. Jeder erhebt den Vorwurf, dass die andere Seite angefangen habe und behauptet, dass man selbst sich ja nur schützen wolle. Von der Eskalationsgefahr abgesehen, sind diese Entwicklungen auch heute schon tödlich, nicht nur bei den Scharmützeln in der Ostukraine: Zur russischen Militärintervention in Syrien auf Seiten des Assad-Regimes, nur dünn verschleiert als ‚Unterstützung im internationalen Kampf gegen den Islamischen Staat‘, wäre es ohne die Zerrüttung des Verhältnisses zwischen Russland und dem Westen wohl kaum gekommen.

Zivile Konfliktbearbeitung

Statt in die Rhetorik, die Denkweisen und die Stellvertreterkriege des Kalten Krieges zurückzufallen, ist es an der Zeit zu überlegen, wie der Streit um die Krim und um die Rechte der russischen Minderheit in der Ostukraine konstruktiv beigelegt werden kann. Die Umsetzung des Minsk-II-Vertrags von 2015 ist ins Stocken geraten – es wird immer noch gekämpft und jede Seite will bestimmte Vorgaben des Vertrags (Ukraine: Wahlen im Donbass, Separatisten: Kontrolle der Grenze zu Russland) nicht erfüllen.

In der Vergangenheit sind territoriale Streite durch **Volksabstimmungen** entschieden worden. Zum Beispiel nach dem Ersten Weltkrieg in Nord- und Mittelschleswig, im Saarland, in **Fortsetzung auf Seite 2**



Unser Fachgespräch zu „Rassismus in der Friedensbewegung“ findet am 8.10.16 in Minden statt. Bild: CS



Im Juli wurde in England ein Forschungsnetzwerk zu Zivilem Peacekeeping gegründet. Bild: CS



Die Arbeit in Belarus geht weiter, auch wenn das Land in diesen Tagen wenig internationale Aufmerksamkeit erfährt. Bild: Nash Dom

Diesmal

**NATO und Russland
Terrorismus
Gender und Frieden
Belarus
u.a.m.**

Liebe Leserin, lieber Leser,

vom „Sommerloch“ war in diesem Jahr wenig zu spüren. Im Gegenteil: Eine Serie terroristischer Anschläge im In- und Ausland, der Krieg in Syrien (und dem Irak, nur von dem ist fast nie die Rede), der Putsch in der Türkei und die Diskussion um Innere Sicherheit - einschließlich der Überlegungen, Bundeswehreinheiten im Inland zu ermöglichen - dominierten im Wochentakt die Schlagzeilen. Aber jetzt melden auch wir BürgerInnen uns wieder zu Wort. Es ging los mit den beeindruckenden TTIP-Demonstrationen am 17. September. Syrienkampagne und Friedensdemonstrationen im Herbst werden hoffentlich dafür sorgen, dass die Stimmen derjenigen, die auf Gewalt nicht mit Gewalt antworten wollen, endlich wieder Beachtung finden.

In diesem Rundbrief spielen zwei Themen eine wichtige Rolle, die nicht zu den „klassischen“ Themen der Friedensbewegung zählen: Geschlechterverhältnisse (Gender) und Terrorismus. Weitere Beiträge befassen sich mit der Situation in Belarus und den Spannungen zwischen Russland und der Ukraine. Und selbstverständlich darf auch etwas Eigenwerbung - z.B. für unser Fachgespräch im Oktober - nicht fehlen.

Wir wünschen eine angeregte Lektüre!



Christine Schweitzer
für das BSV-Team

Erinnerung: Print-Rundbrief

Unser Print-Rundbrief, der viermal im Jahr erscheint, kann auch elektronisch als PDF abonniert werden. Eine E-Mail an uns genügt, und Sie bekommen ihn in Zukunft auf Ihren Bildschirm anstatt in den Briefkasten.

Fortsetzung von Seite 1

Oberschlesien und in Ost- und Westpreußen. Sollte es nicht möglich sein, in einem Minsk-III-Vertrag zu vereinbaren, dass das umstrittene Referendum auf der Krim wiederholt wird, unter internationaler Aufsicht und mit all denen als Wahlberechtigten, die zu einem bestimmten Stichtag (z.B. dem 31.12.2013) in der Krim ihren Wohnsitz hatten? Leider würde inzwischen viel Überzeugungsarbeit erforderlich sein, die stark rechtsextrem geprägte öffentliche Meinung in der Ukraine von einem solchen Vorgehen zu überzeugen. Hier bräuchte es wohl „sticks and carrots“ (Strafandrohungen und Anreize) von Seiten des Westens. Gleichzeitig müsste Russland garantiert werden, dass sein Marinestützpunkt exterritoriale Zone wird. Die Regelung bezüglich der Wahlberechtigten könnte übrigens auch auf den Donbass angewandt werden, um die Akzeptanz dieser Wahlen zu erhöhen.

Es ist subjektiv verständlich, dass viele BürgerInnen Osteuropas aufgrund der belasteten historischen Beziehungen Angst vor einer militärischen Aggression Russlands haben. Dass sie deshalb die Ankunft deutscher SoldatInnen begrüßen, wo Deutschland während des Zweiten Weltkriegs Millionen Menschen in diesen Ländern getötet hat, scheint rational schwer nachvollziehbar. Es zeigt aber auch, wie sich Beziehungen zwischen Ländern und Völkern trotz fürchterlicher Ereignisse in der Geschichte zum Positiven wenden können. Nur: Wirkliche Sicherheit kann die NATO nicht herstellen – im Gegenteil. Stattdessen könnte es an der Zeit sein, die in früheren Jahrzehnten entwickelten Konzepte und Instrumente der Herstellung von Sicherheit ohne Militär aus der Schublade zu holen – das Konzept der Sozialen Verteidigung, das für den Fall einer Besetzung auf die Nicht-Kooperation mit einem militärischen Aggressor setzt und diesem dadurch verunmöglicht, seine Kriegsziele zu erreichen. Ansätze dazu wurden bereits 1990 in den baltischen Staaten geplant

und u.a. in der „Singenden Revolution“ auch ansatzweise praktiziert.

Der Sorge vor Aufständen der russischen Minderheit oder der Inszenierung solcher Aufstände durch Russland („hybride Kriegsführung“) könnte mit Maßnahmen der Prävention, besonders des Minderheitenschutzes, begegnet werden. Zu letzteren würde z.B. gehören, den Angehörigen der russischen Minderheit in den baltischen Ländern bei Streitfragen wie Staatsbürgerschaft oder der Nutzung der russischen Sprache in Bildung und Behörden entgegenzukommen.

All dies würde zwar nicht automatisch dazu führen, dass alle Spannungen zwischen NATO und Russland beseitigt wären - dafür stehen zu viele unausgesprochene Machtinteressen auf beiden Seiten im Raum. Aber es würde zumindest den Hardlinern auf allen Seiten den Wind aus den Segeln nehmen. Es ist an der Zeit, sich wieder auf eine Erkenntnis aus den 1970er Jahren zu besinnen: Sicherheit kann es nicht voneinander, sondern nur als gemeinsame Sicherheit geben.

Christine Schweitzer ist Geschäftsführerin im Bund für Soziale Verteidigung und Mitarbeiterin des Instituts für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung.



Angesichts der gefährlichen Spannungen zwischen der NATO und Russland ist es an der Zeit, die Friedensfahnen hervorzuholen.

Foto: CS

Anders handeln als der Staat

Netze der Vielfalt schaffen in Belarus

Interview mit Olga Karatsch, Nasch Dom

Wie ist die gegenwärtige Situation in Belarus (Weißrussland)? Seit über zwei Jahrzehnten wird das Land von Alexander Lukaschenko, einem autoritären Präsidenten, regiert und oft als die „letzte Diktatur Europas“ bezeichnet. Welche Handlungsmöglichkeiten gibt es für die Zivilgesellschaft und oppositionelle Kräfte, die eine Demokratisierung des Landes anstreben? Dazu befragte BSV-Mitarbeiterin Andrea Hapke die Leiterin von Nasch Dom, Olga Karatsch. „Nasch Dom“ (Unser Haus) ist eine zivilgesellschaftliche Organisation in Belarus, die mit dem BSV seit vielen Jahren eine Partnerschaft unterhält. Sie setzt sich für BürgerInnenrechte und gegen Behördenwillkür ein.

Olga, wie siehst du die gegenwärtige politische Lage in Belarus?

In gewisser Weise lässt sich gerade ein „Moment der Wahrheit“ in Belarus beobachten, da sich die ökonomische und soziale Lage zuspitzt. Die Zahl unzufriedener BürgerInnen wächst, wie z.B. die periodisch auftretenden spontanen Streiks und Proteste staatlicher ArbeitnehmerInnen, denen die Löhne nicht oder verspätet ausgezahlt werden, zeigen. Zunehmend sind es Resignation und Angst vor Repressionen, die die Bevölkerung ruhig halten, jedoch nicht Zufriedenheit mit der staatlichen Politik.

Was bedeutet das für zivilgesellschaftliche Organisationen wie Nasch Dom?

Die Zivilgesellschaft in Belarus ist klein und marginalisiert. Sie wurde in der Regierungszeit Lukaschenkos systematisch geschwächt und kaputt gemacht, ist aber dennoch aktiv. Momentan richten sich die staatlichen Repressionen vorrangig gegen Personen, die mit ihren Ideen und Visionen der Opposition Stimme und Gesicht verleihen. Indem er diese Menschen verhaftet und isoliert, zielt der Staat darauf, die Zivilgesellschaft und Opposition anonym und unsichtbar zu machen. Zuvor wurde

vor allem Druck auf einfache AktivistInnen und ihre Familien ausgeübt. Dass der Staat diese nun in Ruhe lässt, bietet eine hervorragende Chance, die Basis der Organisationen zu verbreitern, neue AktivistInnen zu gewinnen und das Netz der bereits bestehenden Initiativen zu stärken. Und es steht meines Erachtens eine Veränderung der politischen Kultur vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen an. Es ist wichtig, dass die Macht nicht in den Händen einer Person konzentriert ist und nicht alles von ihr abhängt, sondern dass wir netzartige Strukturen entwickeln.

Die Herausforderung und zugleich die Chance für die Zivilgesellschaft liegt also in der Entwicklung netzförmiger und weniger hierarchischer Strukturen.

Ja, viele Organisationen wiederholen die autoritären Politikformen des Staates. Wichtig scheint es uns, Vielfalt in den Organisationen, demokratische Formen der Entscheidungsfindung und Zusammenarbeit zu entwickeln und zu fördern.

Netzförmig ist auch unsere Öffentlichkeitsarbeit. Wir machen uns unabhängig von den staatlich kontrollierten Medien und erreichen unsere Zielgruppen direkt – mit unseren Aktionen, mit einer eigenen Zeitung und über die sozialen Netzwerke.

Worum geht es Euch in Eurer Arbeit?

Unsere Arbeit mit den Menschen ist darauf gerichtet, dass sie sich für den Schutz ihrer Interessen und Rechte einsetzen, dass sie sehen, dass sie etwas tun können. Wir unterstützen sie



Straßenaktion von Nash Dom in Belarus.

Foto: Nash Dom

in sozialen Fragen in ihrem Umfeld, wie z.B. die Reparatur von Bushaltestellenhäuschen, Spielplätzen, die Renovierung und Pflege von Mietshäusern. Wir stellen einen Zusammenhang her zwischen ihren unmittelbaren Lebensbedingungen und politischem Engagement. Im besten Fall wächst aus so einer Bushaltestellengeschichte eine neue Gruppe von AktivistInnen. Wir haben ein Netz von 23 kleinen Gruppen aufgebaut, das über ganz Belarus verteilt ist. Zugleich arbeiten wir mit den StaatsbeamtInnen und Abgeordneten auf kommunaler und regionaler Ebene. Es geht uns hier um eine Kontrolle und Transparenz ihrer Arbeit, darum, dass sie ihre Pflichten gegenüber den BürgerInnen nachkommen. So wirken wir auf verschiedenen Ebenen, damit die Menschen zu den EigentümerInnen und GestalterInnen dieses Hauses Belarus werden – wie es unser Name sagt: „Unser Haus“!

Olga, ich danke dir für diesen spannenden Einblick in die Frage, was zivilgesellschaftliches Handeln in Belarus unter den gegenwärtigen Bedingungen bedeutet.

Mehr lesen: www.soziale-verteidigung.de/international-gewaltfrei/belarus

Die BSV Gender Policy

Weil Friedensarbeit auch Arbeit für Geschlechtergerechtigkeit sein muss

Interview mit Sebastian Grieser und Elise Kopper

Seit Juni 2016 ist die BSV Gender Policy online. Was genau ist denn eigentlich eine Policy und welche Funktion soll sie haben?

Elise Kopper (EK): Das Wort „Policy“ bedeutet Leit- oder Richtlinie. „Gender“ meint das sozial konstruierte Geschlecht von Menschen. Die Gender Policy ist also eine Art Leitfaden für eine geschlechtersensible Vereinsarbeit im BSV. Wir diskutieren darin verschiedene Fragen, z. B.: Wie ist die Haltung des BSV zum Thema Gender? Was haben Geschlechterfragen mit Krieg, Gewalt und Frieden zu tun? Und wie können wir mit unserer Friedensarbeit zu mehr Geschlechtergerechtigkeit beitragen? Wir wünschen uns, dass die Policy uns selbst, die BSV-Mitglieder und auch andere Interessierte dazu anregt, sich mit den Zusammenhängen rund um Geschlechtergerechtigkeit und Frieden auseinanderzusetzen – sowohl theoretisch als auch ganz praktisch in der eigenen Friedensarbeit.

Wie seid ihr denn auf die Idee einer Gender Policy gekommen?

Sebastian Grieser (SG): Die Idee dazu kam vor knapp drei Jahren von unserem Vorstandskollegen Andreas Dieterich. Ihm war aufgefallen, dass wir uns als BSV zwar seit der Jahrestagung 2012 „Geschlechterverhältnisse in Krieg und Frieden“ in Dortmund mit dem Thema Gender beschäftigen. Es fehlte bis dato aber ein Papier, in dem wir unsere Haltung zu dem Thema ausdrücken. Ein solches ist nicht nur wichtig für das Selbstverständnis unseres Verbandes, es wird auch in der Antragstellung z. B. bei politischen Stiftungen nachgefragt. Es war also an der Zeit, uns noch eingehender mit dem Thema zu beschäftigen. Daraus ist dann die Policy entstanden.

Ihr sagt, ihr habt über zwei Jahre an der Policy gearbeitet. Wie war denn der Prozess? Und wer war alles daran beteiligt?

SG: Die Policy war von Anfang an ein Gemeinschaftsprojekt des BSV. Einen Entwurf haben wir zum Beispiel in der BSV-AG Gender & Frieden vorgestellt. Außerdem haben wir in zwei Workshops zu dem Thema gearbeitet und sind dort auch mit den BSV-Mitgliedern ins Gespräch gekommen. Elise und ich haben in einer Kleingruppe zusammen mit Andreas und Sarah Roßa an dem Papier gearbeitet und unsere Arbeit dann immer wieder in den Vorstandssitzungen den anderen vorgestellt und dort durchaus kontrovers diskutiert – sowohl inhaltlich als auch was einzelne Formulierungen angeht. Mit dem gesammelten Feedback haben wir weiterarbeiten können und versucht, ein Papier zu schreiben, in dem sich möglichst alle Beteiligten wiederfinden.

EK: In der Policy steht an einer Stelle: „Wir lernen alle und machen Fehler.“ Auch die Policy ist nicht die „eine Wahrheit“ und soll regelmäßig überarbeitet werden. Deshalb ist sie auch als Gesprächsangebot an die BSV-Mitglieder und alle Interessierten gedacht, die sich mit uns konstruktiv darüber austauschen möchten.

Für alle, die gerade keine Zeit haben, die 12 Seiten zu lesen, was hat denn nun Gender mit Krieg und Frieden zu tun?

EK: Viel mehr, als man auf den ersten Blick denkt! Da gibt es ganz unterschiedliche Zusammenhänge: Zum einen geht es um Themen wie sexualisierte Kriegsgewalt, militarisierte Männlichkeits- und Weiblichkeitsvorstellungen oder die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen und Männern an Friedensprozessen. Zum anderen geht es auch um strukturelle Gewalt, um patriarchale Machtverhältnisse oder um Diskriminierung aufgrund von Geschlecht oder Sexualität.

SG: Wir verstehen Gender als Querschnittsthema: In fast allen Themenbereichen, die uns in der Friedensbewegung begegnen, findet man

Genderaspekte. Es geht nur darum, sie zu entdecken und sichtbar zu machen. Dann kann man sie auch bei der Friedensarbeit berücksichtigen und so manchen Konflikt besser erklären.

Neben Gender gibt es ja noch andere Querschnittsthemen wie Rassismus oder Altersdiskriminierung. Geht Ihr auch darauf ein?

EK: Da spricht Ihr ein wichtiges Thema an, das uns auch immer wieder beschäftigt hat. In der Policy geht es schwerpunktmäßig um die Rolle von Geschlecht für Friedensarbeit. Aber es werden auch andere Diskriminierungsformen angesprochen, weil diese oft mit Gender zusammenhängen. So spielt es zum Beispiel eine Rolle, welche Frauen gemeint sind, wenn von „Frauen an die Friedentische“ gesprochen wird: Meinen wir damit die Frauen der herrschenden Eliten, die von den gleichen ungerechten Verhältnissen profitieren wie ihre Männer? Oder sind es Frauen aus der Mitte der Gesellschaft, die echten Frieden für alle wollen? In vielen Situationen spielt Gender, verknüpft mit Herkunft, Klasse oder Alter, eine Rolle – und manchmal ist eine dieser Kategorien auch entscheidender als Gender. Mit der Policy haben wir erst einmal bei Gender angefangen, aber als BSV beschäftigen wir uns natürlich auch mit anderen Querschnittsthemen und Diskriminierungsformen. So z. B. mit Rassismus im nächsten Fachgespräch im Oktober.

Wie soll es jetzt mit der Gender Policy weitergehen?

SG: Wir arbeiten gerade daran, aus der Policy konkrete Handlungsschritte für unsere BSV-Arbeit abzuleiten. Also: Was müssen wir beachten, wenn wir Veranstaltungen organisieren, Publikationen herausgeben, Auslandsprojekte starten oder neue Vorstandsmitglieder und MitarbeiterInnen suchen? Dabei geht es um Fragen wie Kinderbetreuung, Barrierefreiheit, gleichberechtigte Teilhabe, eine gender- und diskri-



So sieht es nach einer Strategisierung des BSV-Vorstands aus.

Foto: CS

minierungssensible Sprache oder das Sichtbarmachen von ansonsten eher unterrepräsentierten AkteurInnen in unseren Texten. Daran merkt man

schon: Hier geht es uns nicht mehr „nur“ um Geschlechtergerechtigkeit, sondern um die Inklusion möglichst vieler Menschen und Gruppen in un-

Terror den anderen

Georg Adelman und Sebastian Grieser

Orlando, Florida, der 12. Juni 2016? Moment, da war doch was. Vor lauter schrecklichen Nachrichten verlieren wir den Überblick über die Tattaten der letzten Monate. Aber ja, da war was. An diesem Tag stürmt der US-Amerikaner Omar Mateen den queeren¹ Nightclub Pulse, erschießt dort 50 Menschen, inklusive sich selbst, und verwundet 53 andere schwer (<http://bit.ly/28MkxLL>).

Warum? Das Motiv und in welcher Beziehung Mateen zur Terrororganisation Islamischer Staat stand, auf die er sich während der Tat berief, ist bis heute nicht abschließend geklärt (<http://wapo.st/29lwyJP>). Durch den gewählten Tatort richtete sich die Tat jedoch explizit gegen queere Menschen und war damit das größte „Hate-Crime“ in der Geschichte der USA. Damit steht der Anschlag nicht nur in der Reihe islamistischen Terrors, sondern auch in der Reihe an homophober und trans*feindlicher²

Gewalt, die leider weltweit immer noch alltäglich ist. In einer Studie wird die Zahl von jährlich wegen ihrer Geschlechtsidentität getöteten Trans*personen auf 120 geschätzt. Alle drei Tage wird also eine Trans*person umgebracht (Link zur Studie: <http://bit.ly/17INzAd>).

Der Blick auf unsere eigene Gesellschaft, auf unser eigenes Problem mit unserem Klima der Homophobie zeigt, dass Gewalt gegen Menschen aufgrund ihrer Geschlechtsidentität oder sexuellen Orientierung wahrlich kein Thema der „anderen“ ist. Leider ist sie auch hier in Deutschland Alltag. Die Bundesregierung spricht für 2015 von 220 Straftaten im Zusammenhang mit sexueller Orientierung. ExpertInnen gehen jedoch von einer Dunkelziffer von 90 Prozent in dieser offiziellen Statistik aus (<http://bit.ly/2bwVWkV>). Körperliche Gewalt gegen Queers wird zum größten Teil in Deutschland von Menschen aus rechten, evangelikalen oder salafistischen Gruppen ausgeübt. Also von Menschen, denen bestimmte andere Menschen

sere Arbeit: Frauen, Männer, Menschen mit und ohne Behinderung, mit und ohne Migrationshintergrund, Menschen jeden Alters und jeder sozialen Herkunft. Denn wir finden es immens wichtig, dass Friedensarbeit von allen und für alle gemacht wird.

Die Fragen stellten die BSV-PraktikantInnen Clara Lanfermann und Veit Lorenz.

Sebastian Grieser und Elise Kopper sind Mitglieder im Vorstand des BSV und seit 2012 in der BSV-AG Gender & Frieden aktiv.

Zur Seite der AG Gender & Frieden auf unserer Homepage geht es hier: <http://www.soziale-verteidigung.de/ueber-uns/arbeitsgruppen/gender-ag/>. Dort kann auch die Gender Policy heruntergeladen werden. Zur Doku der erwähnten Jahrestagung 2012 führt dieser Link: <http://bit.ly/2busr6b>

nicht in ihr ideologisches Weltbild passen. Im Alltag zeigt sich homophobe Gewalt aber auch in Form psychischer Gewalt, und daran sind wir alle beteiligt.

Dies fängt bei Vorurteilen und Diskriminierung am Arbeitsplatz und im Privatleben an und wird am deutlichsten im öffentlichen Raum. Hier wird über Sprüche, Witze und irritierte Blicke ganz subtil ein Klima hergestellt, in welchem sich queere Menschen nicht normal und willkommen fühlen können. Diese Gewaltform, die auch als „Heteronormativität“ bezeichnet wird, und allen Menschen außerhalb der gesellschaftlichen Geschlechtervorstellungen das „Normal-Sein“ abspricht, betrifft uns alle. Denn dadurch, dass wir ganz unbewusst eingebunden sind in ein Schwarz-Weiß-Denken, reproduzieren auch wir im Kleinen das Denken in Kategorien von „Normal“ und den „Anderen/Unnormalen“. Dieses sogenannte „Othering“ vermindert aber Empathie und erhöht die Gewaltbereitschaft gegen alle, die für vermeintlich „anders“ gehalten werden.

1 „Queer“ ist ein Begriff, der alle Menschen einschließt, die sich nicht in ein zweigeschlechtliches, heterosexuelles Mann-Frau Verständnis von Geschlecht einordnen können und oder wollen.

2 „Trans*“ bezeichnet alle Menschen, deren empfundene Geschlechtsidentität von der bei

der Geburt zugewiesenen Geschlechtsidentität abweicht.

Gleichzeitig sind wir es aber auch selbst, die von einem solchen Denken betroffen sind. Denn haben wir nicht auch alle Seiten und Aspekte an uns, in denen wir „anders“ sind, als es erwartet wird, und die wir uns nicht zu leben trauen? Schämen wir uns nicht vielleicht sogar manchmal, wir selber zu sein, einfach nur, weil wir das Gefühl haben, damit „anders“ zu sein?

Taten wie in Orlando, aber auch die alltägliche Gewalt gegen all die „anderen“, ob Queers, Geflüchtete, Behinderte oder Obdachlose, zeigen, dass wir noch lange nicht an dem Punkt sind, an dem es „normal“ ist, „anders“ zu sein. Deswegen muss die Förderung von Offenheit und respektvollem Miteinander, die Förderung von Toleranz für „andere“ aber auch für das eigene „Anders-sein“

immer auch Aufgabe von Friedensorganisationen sein. Denn eine gewaltfreie Welt ist eine Welt, in der es möglich ist, ohne Angst verschieden zu sein.

Georg Adelman und Sebastian Grieser sind Mitglieder im Vorstand des BSV.

Ziviler Umgang mit Terrorismus

Christine Schweitzer

Terrorismus begleitet unsere Gesellschaften seit langem. Im 19. und 20. Jahrhundert ging es vor allem um politisch motivierte Gewalttaten der extremen Rechten wie der extremen Linken. Dies waren i.d.R. Attentate auf bestimmte politische Zielpersonen oder -gruppen, seltener Anschläge, deren einziges Ziel eine möglichst hohe Zahl an Opfern war, wenngleich es auch das schon gab (Bologna und Münchner Oktoberfest, beide 1980). In Großbritannien war es über Jahrzehnte die allgegenwärtige Möglichkeit eines Anschlags der IRA, die die Sicherheitsdebatte prägte. Heute stehen in fast allen Kontinenten (mit Ausnahme Lateinamerikas) islamistische Anschläge im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit.

Aber Terror ist auch heute kein rein islamistisches Phänomen, auch nicht bei uns. Man darf nicht den fortgesetzten Terror politischer rechter Organisationen vergessen. Die NSU ist da nur die Spitze eines Eisbergs. Im Jahr 2015 nahmen rechtsextreme Straftaten stark zu und es wurden 1.027 Angriffe auf Geflüchtetenunterkünfte registriert, davon 95 Brandstiftungen.

Auch jetzt, wo die Aufarbeitung der Fahndungsfehler im Fall „NSU“ begonnen hat, scheinen Politik und Medien weiter auf dem rechten Auge Sehstörungen zu haben: Das Attentat in München am Jahrestag des Anschlags des norwegischen Rechtsextremisten

Breivik wurde zuerst als islamistische Tat eingestuft und dann als „Amoklauf“, wobei dann auch noch der Migrationshintergrund des jugendlichen Täters hervorgehoben wurde. Als ob Rechts extremismus kein internationales Phänomen sei.

Auf den ersten Blick meint jede/r zu wissen, was Terrorismus sei. Aber bei näherem Hinsehen ist es gar nicht so einfach. Da bezeichnen Regierungen alle ihre Gegner – selbst unabhängig davon, ob diese bewaffnet sind – als Terroristen, um ihre Verfolgung zu rechtfertigen. Da argumentieren Befreiungsbewegungen, dass ihre Taten berechtigt und deshalb kein Terrorismus seien (so etwa früher die Fatah und heute die Hamas und die PKK). Und da gibt es Regierungen, deren Geheimdienste und Militärs aus dem Hinterhalt Menschen töten – die modernste Variante davon sind die Drohnenangriffe der USA.

Eine letzte Sicherheit gegen Terrorismus gibt es nicht. Die Frage lautet deshalb eher: Wie kann Terrorismus so delegitimiert werden, dass er bestenfalls noch das Mittel der Wahl psychopathischer Einzeltäter (Breivik) ist, nicht Mittel der politischen Auseinandersetzung? Hierzu vier Thesen:

1. Terrororganisationen verfolgen rationale Ziele, so verquer und schwer nachvollziehbar diese oft auch sein mögen.

Wesentliches Ziel ist nicht der Tod ihrer Opfer oder die Zerstörung per se, sondern deren Symbolkraft und die Reaktion, die auf den Akt folgt. Für die RAF in den 1970er Jahren in Deutschland war es die Hoffnung, dass der Staat durch seine Repressionsmaßnahmen sich so ins Unrecht setzen werde, dass die Menschen massenweise gegen ihn aufstehen würden. Islamistische Terrorgruppen wie der sog. Islamische Staat setzen Terror als Maßnahme der Rache und der Werbung von neuen Kämpfern ein. Beiden gemeinsam ist, dass sie sich im Krieg gegen die Staaten sahen bzw. sahen, in denen sie Terrorakte verüben. Die BRD in den 1970er Jahren spielte da nicht mit – die TerroristInnen der RAF wurden als GewalttäterInnen, nicht als KombattantInnen verfolgt und abgeurteilt. Dem IS und Al Qaida heute tut man den Gefallen – seit 2001 zieht beinahe jeder große Anschlag Erklärungen der Regierungen von der Art des „Wir sind im Krieg“ nach sich. Es wäre einfach, den TerroristInnen es unmöglich zu machen, diese Ziele zu erreichen – durch Besonnenheit und zivil-polizeiliche Reaktionen statt militärischer.

2. Nach jedem Anschlag bringen Regierung und Opposition neue Sicherheitsgesetze ins Gespräch. Individuelle Freiheiten werden dabei immer weiter eingeschränkt, die Beobachtung verschärft und die einseitige Vorverurteilung von MuslimInnen als mögliche



Der Schrecken sorgt immer für gute Schlagzeilen.
Foto: CS

TerroristInnen staatlich institutionalisiert. Die einzige zu erwartende Folge:

Immer mehr Menschen werden in den Extremismus getrieben.

3. Die islamistischen Organisationen, an die heute jede/r als erste denkt, wenn es um Terrorismus geht, sind zumeist keine reinen Terrororganisationen. Vielen geht es vorrangig um die Kontrolle von Territorien und die Schaffung eigener Machtbereiche – Anschläge anderenorts sind eher Begleitwerk. Dies eröffnet ganz andere Möglichkeiten, ihnen die Ressourcen zu entziehen, die sie benötigen: Ideologische Unterstützung, Menschen, Geld, Waffen, Handelswege (siehe BSV-Rundbrief 2/2015).

4. Ein Grundproblem ist die Unterscheidung zwischen legitimer und illegitimer Anwendung tödlicher Gewalt. Erst wenn das Töten von Menschen grundsätzlich geächtet wird, nicht nur im privaten Miteinander, sondern auch in der Politik, erst wenn es keine Institutionen mehr gibt, in denen das Töten gelehrt und angewendet wird (Militär), wird Terrorismus seine Rechtfertigungen verlieren.

Christine Schweitzer ist Geschäftsführerin im BSV. Eine frühere Fassung dieses Beitrags ist in den Materialien zur diesjährigen Ökumenischen Friedensdekade veröffentlicht.

Rassismus in der Friedensbewegung - gibt's doch gar nicht! Oder?

Fachgespräch am 8. Oktober 2016 um 11:00–17:15 Uhr in Minden

11:00 Begrüßung

11:15 Einführung: Was ist Rassismus und worum geht es in diesem Fachgespräch? (Mariana Lo Sasso und Timo Kiesel, Glocal e.V.)

12:30 Vorstellung und Aufteilung der Arbeitsgruppen

12:45 Mittagspause

13:45 Arbeitsgruppen zu verschiedenen rassismuskritischen Ansätzen:

1. Rassismuskritische Unterstützung geflüchteter Menschen (Mariana Lo Sasso und Timo Kiesel, Glocal e.V.)
2. Zivilcourage: Eingreifen in Diskriminierungssituationen (Renate Wanie, Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden)
3. Interkulturelles Miteinander (Shérif W. Korodowou, Impuls Marburg)

15:15 Kaffeepause

15:45 Erfahrungsbericht: Ein Jahr rassismuskritisches Mainstreaming (Edson Turyamuhikira, Eirene - Internationaler Christlicher Friedensdienst).

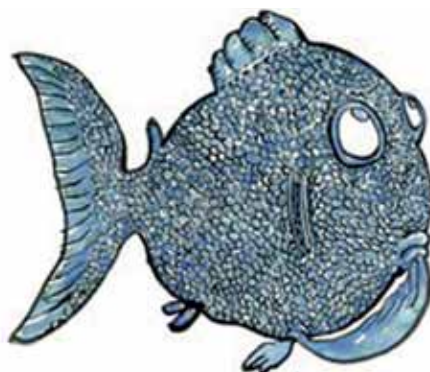
16:30 Auswertung: Was nehmen wir für die Friedensbewegung aus dem Fachgespräch mit?

17:00 Abschluss

17.15 Ende

Anmeldung zu diesem Fachgespräch ist weiterhin möglich. Mehr Informationen zum Programm sind auf unserer Website zu finden: <http://www.soziale-verteidigung.de/news/meldungen/rassismus-in-der-friedensbewegung-gibts-doch-gar-nicht-oder/>

Die Veranstaltung wird unterstützt von der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW.



Graphik: Frits Ahlefeldt, HikingArtist.com

Türkei-Projekt

Nach unserer Delegationsreise Ende April d.J. in die Osttürkei haben zwei türkische MenschenrechtlerInnen Institutionen und Organisationen in Genf (UN), Straßburg (EU und Europarat), Brüssel (EU) und Wien besucht. Es gelang ihnen dort, wichtige AnsprechpartnerInnen über die Situation in der Osttürkei zu informieren.

Als nächsten Schritt plan(t)en wir eine neue Reise in die Osttürkei, um mit PartnerInnen dort unsere Idee eines Seminars zum Thema Gewaltfreiheit zu besprechen und zu planen. Doch dann passierte Mitte Juli der Putsch, und die nachfolgende politische Unsicherheit, die Massenverhaftungen und -entlassungen zwangen uns diesen Plan nach hinten zu verschieben. Mitte September haben wir stattdessen ein Planungstreffen mit unseren PartnerInnen in der Westtürkei durchgeführt; der nächste Besuch im Osten wird wohl im November/Dezember stattfinden.

Schwarzer Weg 8, 32423 Minden, Tel. 0571 29456, Fax 0571 23019
 info@soziale-verteidigung.de, www.soziale-verteidigung.de
 Spendenkonto IBAN: DE73 4905 0101 0089 4208 14, BIC: WELADED1MIN
 Redaktion und V.i.S.d.P.: C. Schweitzer; Gestaltung: K.-U. Dosch
 Druck art & image Minden, Auflage 5250, Erscheinungsweise vierteljährlich
 Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe November 2016

Neue Materialien

Spirale der Gewalt in der Türkei

Im August 2015 begann nach dem Zusammenbruch des Friedensprozesses erneut der gewaltsame Konflikt zwischen der türkischen Regierung und bewaffneten kurdischen Gruppen im vorwiegend kurdischen Südosten der Türkei. Die Ausschreitungen führten zu Hunderten Toten auf beiden Seiten und einer zunehmenden humanitären Krise, die mit schweren Menschenrechtsverletzungen einhergeht. Monatelange Ausgangssperren und Enteignungen in kurdisch geprägten Stadtteilen sowie die Aufhebung der Immunität pro-kurdischer PolitikerInnen und zunehmende Festnahmen von JournalistInnen versetzen Menschenrechtsorganisationen in große Unruhe. Die immense Zerstörung von Gebäuden und Straßenzügen und die Angst vor Gewaltausschreitungen lassen ein normales Leben für die Zivilbevölkerung nicht zu.

Die Broschüre „Stoppt den Kreislauf der Gewalt in der Türkei!“ entstand in Zusammenarbeit zwischen dem Bund für Soziale Verteidigung, dem österreichischen Zweig des Internationalen Versöhnungsbunds und Connection e.V. In mehreren Berichten werden Ursachen und Folgen des Krieges ausführlich beleuchtet und die Realität der Ausgangssperren und der Straßenkämpfe dargestellt. Zudem wird aufgezeigt, welche zivilen Widerstandsformen, welche Solidaritätsarbeit und welche Aktivitäten es gegen den Krieg gibt. Mehrere Organi-



sationen kommen in der Broschüre zu Wort und schildern eindrücklich die derzeitige Situation in der Osttürkei.

Hrsg.: Connection e.V., Bund für Soziale Verteidigung und Internationaler Versöhnungsbund-Österreichischer Zweig, 40 Seiten, 6 Euro

Phänomen „Bedrohung(sängste)“

Die Dokumentation unserer Frühjahrstagung „Bevor Angst die Seele aufisst – Über Bedrohungen und friedenspolitische Alternativen in unserer krisenhaften Zeit“ ist fertig.

Ukrainekrise und Syrienkrieg, Pegida-Bewegung und AfD schüren direkt oder indirekt Ängste innerhalb der Gesellschaft und führen zu Gefühlen der Unsicherheit. Aber auch individuelle psycho-somatische Bedrohungen wie die eigene Gesundheit, Sinnkrisen und mangelnde Zukunftsperspektiven können uns in einen Zustand der Angst und Unruhe versetzen. Auf der Tagung näherten wir uns daher in Vorträgen und Kleingruppen dem Phänomen „Bedrohung“ und befassten uns mit der Frage, welche Mechanismen wir selbst anwenden können, um uns von unseren Ängsten nicht zu dekonstruktiven Verhaltensweisen verleiten zu lassen. (Siehe auch den Bericht von Elise Kopper im Rundbrief 2/2016.)

Die Broschüre beginnt mit einer Zusammenfassung des Ablaufs der Tagung von Elise Kopper. Gert Sommer nimmt uns mit auf eine Reise durch die derzeitigen unterschiedlichen politischen Bedrohungen. Georg Adelman befasst sich damit, was Angst und Bedrohung aus psychologischer Sicht mit uns machen, und wie wir sie konstruktiv erleben und auf sie reagieren können. Es schließen sich Texte zu den verschiedenen Arbeitsgruppen an: Christine Böckmann schreibt über Rechtsextremismus, Karl Grobe über neue Kriege, Stefan Hügel über Cyberwar und Cyberpeace, Jan Stehn fasst neue Studien zu zivilem Widerstand zusammen und Roland Vogt befasst sich mit der Sozialen Verteidigung. Den Abschluss macht eine Dokumentation des Panels mit Renate Wanie und Ingrid Fröhlich-Groddeck.

BSV (Hrsg.) Bevor Angst die Seele aufisst – Über Bedrohungen und friedenspolitische Alternativen in unserer krisenhaften Zeit, Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 50, Juni 2016, 90 Seiten, ISSN 1439-2011, 5 Euro

Zur Notwendigkeit und Möglichkeit präventiver gewaltfreier Aktionen in globalen Krisen- und Spannungsfeldern

Der Friedensforscher Reiner Steinweg beschäftigt sich in seinem Aufsatz mit Krisen und Gefahren wirtschaftlicher und ökologischer Art der kommenden Jahrzehnte und warnt, dass die gleichen sozialpsychologischen Mechanismen einsetzen könnten, wie sie die 1920er und 1930er Jahre prägten – Sündenbocksuche, Ausgrenzung usw. Und in einem solchen Klima lässt sich dann auch leicht für neue Kriege mobilisieren. Er leitet daraus die Notwendigkeit ab, rechtzeitig zu handeln: „Wenn es gelingt, ein breites Bewusstsein der jetzt erkennbaren Fehlentwicklungen und Gefahren, ihres (zumindest potentiellen) Zusammenwirkens und gleichzeitig der Notwendigkeit zu schaffen, ihnen gewaltfrei zu begegnen, wird man auch den Kriegstendenzen vorbeugen können, die daraus erwachsen.“ Er beschreibt dann, was gewaltfreie Aktion im Sinne Gandhis ausmacht und befasst sich mit den Erfolgsaussichten zivilen Ungehorsams und skizziert Ansatzpunkte für gewaltfreie Kampagnen heute.

Reiner Steinweg, Zur Notwendigkeit und Möglichkeit präventiver gewaltfreier Aktionen in globalen Krisen- und Spannungsfeldern. Hrsg.: Bund für Soziale Verteidigung, Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 51, September 2016, 16 Seiten, ISSN 1439-2011, 2 Euro

Ziviles Peacekeeping

Unbewaffnetes Ziviles Peacekeeping – wie man ZivilistInnen wirksam ohne die Drohung mit Gewalt schützt. Das ist die Übersetzung des Titels des englischsprachigen Hintergrund- und Diskussionspapiers, das jetzt neu erschienen ist. Die drei Autorinnen fassen in dem Papier den Stand der wissenschaftlichen Forschung zu Zivilem Peacekeeping zusammen. Sie stellen die Grundgedanken dieses Ansatzes dar, Menschen vor kriegerischer Gewalt auf gewaltfreiem Wege zu schützen, beschäftigen sich mit der Akzeptanz dieses Ansatzes in der Politik und geben einen Überblick über die vorhandene Literatur zum Thema.

Ellen Furnari, Rachel Julian and Christine Schweitzer, Unarmed Civilian Peacekeeping: Effectively Protecting Civilians Without Threat of Violence. Hrsg.: Bund für Soziale Verteidigung, Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 52, September 2016, 24 Seiten, ISSN 1439-2011, 3 Euro